

Worms, 12. Febr. (Ein Beitrag zur Reptilienfondsfrage.) Die bekannte Firma Regidi u. Comp. hat uns mit einem Circular beehrt, worin sie uns zu einem von uns zu bestimmenden Preise allerlei schöne Dinge offerirt. Wir lassen das Angebot wörtlich folgen. Man offerirt uns also: 1) einen originalen politischen Stimmungsbericht aus der Reichshauptstadt (dreimal wöchentlich), 2) politische und diplomatische originale Nachrichten aus allen Häusern der Verwaltung u. 3) Spezial-Correspondenzen aus anderen Hauptstädten (dreis- bis viermal wöchentlich), 4) kleinere Originalrichten über fremdländische Verhältnisse nach den uns zugehenden ausländischen Quellen, 5) einen kurzen täglichen, sowie einen längeren Wochenbericht der Berliner Börse, 6) einen knappen, aber erschöpfenden Parlamentsbericht. Auf alle diese Herrlichkeiten müssen unsere Leser nun verzichten; wir bedauern, mit dem Reptilienfonds in keine Geschäftsverbindung treten zu können.

So wäre also Herr Regidi einmal gründlich „reingefallen“. Der Führt, den ihm die „Neue Wormser Ztg.“ versetzt, wird indessen weniger ihn selbst, als die hinter ihm stehenden „genialen Staatsmänner“ schmerzen. Wir erfahren auch aus Obigem, daß die Bismarcksche Pressvergiftungs- und Corrupturungsanstalt nicht nur auf politischen Gebiete wirkt, sondern auch an der Börse „Geschäfte“ macht. Das ist ordnungsgemäß in dem „Staate“, dessen Geschichte für das letzte Vierteljahrhundert Herr Wagner von Dummernow repräsentirt und die Reichstagsabgeordneten, welche beabsichtigen, auch im Reichstage das niederträchtige, volkvergiftende System der Pressbeeinflussung und die schändliche Reptilienwirtschaft zur Sprache zu bringen, werden gut thun, sich den Wormser Fall zu notiren.

Im Reichstage hat Schulze-Delitzsch seinen Antrag auf Diäten, den der Bundesrath schon zweimal in den Papierkorb geworfen, wieder vorgebracht. Der Antrag ist zwar angenommen worden, aber es wurden dabei von den verschiedenen Krautjüngern, die als „Volksvertreter“ im Reichstage sitzen, so reaktionäre Anschläge herangeführt, daß man deutlich sehen konnte, wie sehr man in „leitenden Kreisen“ den Diäten abhold ist. Bei dieser Gelegenheit wurde die erste sozialdemokratische Rede im neuen Reichstage gehört, denn es sprach unser Parteigenosse, der Abgeordnete für Freiberg, Geib: „Dieser Antrag ist wie das Mädchen aus der Fremde. Alljährlich will sie dem Reichstage eine Gabe bringen, doch vom Bundesrath wird sie zurückgewiesen. Durch die Diätenlosigkeit wird ein Census geschaffen, ein ungeordneter Vorzug für den Reichthum und das Beamtenthum ebenfalls; in diesem Reichstage zählen wir schon 190 aktive und inaktive Beamte. Auch wird dadurch die Opposition, gegen welche die Diätenlosigkeit vorzugsweise gerichtet ist, durchaus nicht herausgemindert werden, wir werden in diesem Hause bleiben auch ohne Diäten, das sind wir unsern Wählern schuldig; es ist sogar unsere Absicht, die Opposition durch die Reklamation der Abgeordneten Bebel und Liebknecht zu vermehren. Durch eine Beschneidung des Wahlrechts, die in der Diätenlosigkeit liegt, werden Sie die Opposition nicht unterdrücken, die Arbeiterbewegung nimmt dennoch ihren Fortgang, und wenn Sie dieselbe vielleicht hier im Hause mundtot machen, es gibt noch andere Mittel und Wege, für unsere Sache Propaganda machen zu können. Schließlich will ich Sie noch an das Wort eines Königs erinnern, — und ich glaube, Sie geben ja wohl viel auf die Worte eines Königs — als unter Ludwig XVIII. die französische Kammer die Diätenlosigkeit beschloß, sagte der König: „Dies ist ein Beschluß, der uns am meisten kosten wird!“

Im „hohen Hause“ soll „Heiterkeit“ geherrscht haben, als Geib den Stammgästen Bismarck's sagte, daß sie viel auf die Worte der Könige gäben. Das sind allerdings die ächten, vollgiltigen Bedientenseelen, bei denen der Serwisismus so sehr in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß sie sich selbst darüber freuen können.

Hoffentlich wird es sich nicht besätigen, daß Bismarck und Lamarmora sich fordern und so das politische Duell in ein subdentesches — der Corpusbuch Bismarck wird uns hier zustimmen — Duell auf drei Schritt Barriere verwandeln wollen. Es wäre jammer schade, wenn sich die Beiden den Garau machen wollten, denn im Verlauf ihrer Kugelerei treten so hübsche Dinge zu Tage, daß auch der bornirteste „Reichsfreund“ endlich stutzig werden muß über die Art und Weise, wie heutzutage in den Cabinetten Culturgeschichte „gemacht“ wird. Wenn wir Jemand bei dieser Affaire bedauern, so sind es die braven Reptilienbrüder — „Saubirten“ nennt sie Bismarck — welche die krampfhaftesten Anstrengungen machen, die fatalen Enthüllungen des Graien Lamarmora als „unbedeutend“ hinzustellen, während sich ganz Europa mit denselben beschäftigt, und die, um sich die Goldquellen des Reptilienfonds nicht zu verschließen, mit lächelnder Miene bei einem Kampfe beharren müssen, bei dem ihnen jedes Kind die Waffen aus der Hand schlagen kann. Lamarmora hat nicht nur den Beweis geliefert, daß die von ihm veröffentlichten Aktenstücke ächt sind, sondern hat auch kürzlich den Bericht des Generals Gooone vervollständigt, wodurch Bismarck überführt ist, den Franzosen einen Theil der Schweiz und Belgien angeboten zu haben. Also hat Benedetti in seinen „Enthüllungen“, wo dasselbe behauptet war, ganz Recht gehabt.

Die gesammten Trompeter der offiziellen und nicht offiziellen Presse schweigen zu dieser schredlich compromittirenden Thatsache, um sich nicht durch ein unvorsichtiges Wort, wie schon so oft geschehen, noch mehr zu verwickeln; sie Alle sind schlau geworden — nur Herr Sachs von der „Volkszeitung“ versteht sich zu der in der ganzen Geschichte der Diplomatie und Journalistik einzig dastehenden Leistung:

„Offenbar sollen dadurch Belgien und die Schweiz noch jetzt gegen Preußen und seine Staatslenker verstimmt werden.“

So „schließt“ der große Sachse. Wir schöpfen daraus einen Trost: Aus dem Mann mag werden, was da will — die Pforten des Reptilienfonds werden sich ihm niemals erschließen. Dazu ist er zu „superflü.“

Zum Schluß stürzt sich der als Redakteur der „Stoß-ins-Herz“-Depesche vielgenannte Usedom wie ein deus ex machina in die Hufe des Gefechts und erklärt, daß nicht nur Preußen, sondern auch Italien nach 1859 eine ungarische Legion gebildet und unterhalten und daß schon der erste Napoleon 1795 sich offen für Revolutionirung Ungarns ausgesprochen habe. Der gute Usedom hätte Bismarck nicht über mitobehnen können, als indem er den stöckmonarchischen preussischen Junker mit dem republikanischen General Bonaparte in Vergleich stellt und durch Berufung auf den damaligen Republikaner Bonaparte den Junker Bismarck von dem Vorwurf „revolutionärer Umtriebe“ säubern will. Herr Sachs, der Diplomat der „Volkszeitung“, dürfte daraus folgern, daß Bismarck, nach einer bei deutschen Michelis ziemlich verbreiteten Sage, eigentlich ein „heimlicher Demokrat“ sei, der darauf ausgeht, Deutschland zur Republik und sich selbst zum Präsidenten derselben

zu machen. Hat doch der „geniale Staatsmann“ das Krokodil Jules Favre seinerzeit schon damit über den Köpfel barbirt, daß er sagte: „Ich bin auch Republikaner“!

— Aus Königsberg wird geschrieben: „Die Zimmerer und Berufsgenossen in Danzig beschloßen im August 1872, die Arbeit behufs Erzwingung höherer Lohnes einzustellen. Das Comité theilte den gefaßten Beschluß den Handwerkerlogen mittelst Schreibens vom 13. August mit, das folgende Inhalt hatte: Rein Zimmerer arbeitet an Schiffen oder Fahrzeugen auf der Kaiserlichen oder Privatwerft, Eisenbahnbau mit eingerechnet, und Jeder, der diesen Beschluß nicht achtet, macht sich des Verrathes an unserer gerechten Sache schuldig. Das Comité der vereinigten Zimmerer und Berufsgenossen. Adresse.“ Auf Grund der §§ 152 u. 153 der Gewerbeordnung wurde wegen dieses Schreibens gegen die Mitglieder jenes Comité's eingeschritten, ihnen der Anklageproceß wegen Nöthigung durch Erzwörung gemacht. Der § 153 bestimmt namentlich: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Erzwörung oder durch Berathung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetz nicht eine härtere Strafe eintritt.“

Das Gericht erster Instanz in Danzig fand die Strafbestimmung zutreffend, es erkannte jedes der Mitglieder des Comité's der Nöthigung zur Arbeitseinstellung und zwar durch Erzwörung schuldig und sprach für jeden Angeklagten eine 14tägige Gefängnißstrafe aus. Auf die Appellation der Angeklagten erkannte das Appellationsgericht zu Marienwerder auf Freisprechung der Appellanten. Gegen dieses Urtheil legte der dortige Oberstaatsanwalt die Nichtigkeitsbeschwerde ein, und das Obertribunal, welches dessen Rechtsausführungen als zureichend erachtete, vernichtete das Urtheil des Appellationsgerichts zu Marienwerder und verwies die Anklage auf die Verhandlung und Entscheidung an das hiesige ostpreussische Tribunal. Wie nun die „Hart. Ztg.“ berichtet, hat dieses in neulich stattgehabtem Audienstermine, nachdem es durch Verlesung des vorhin mitgetheilten Comité'schreibens die Beweisaufnahme wiederholt hatte, das erste Urtheil des Gerichts in Danzig wieder hergestellt. Das ostpreuss. Tribunal führte aus, es finde in dem qu. Schreiben nicht allein eine Erzwörung, sondern es gehe noch weiter und sehe darin eine Drohung.

Wenn wir das Verfahren der ostpreussischen Gerichte nur „Klassenjustiz“ nennen wollten, so wäre diese Bezeichnung wohl viel zu mild. Der ganze Verlauf des Proceßes gegen die Danziger Zimmerer ist ein „juristisches“ Jongleurstückchen. Im Interesse der am „Entbehrungslohn“ darbenenden Bourgeoisie schleppt der Staatsanwalt die Arbeiter von einem Gericht, von einem Tribunal zum andern, bis die Beurtheilung endgültig erreicht ist. Die Gewerbeordnungsnovelle (Contractbruchgesetz) wäre somit eigentlich überflüssig, wenn der § 153 auf diese Weise ausgenutzt werden kann, wie es gegen die streikenden Zimmerer zu Danzig geschehen.

Der Strike der belgischen Kohlenrubenarbeiter wird nach herkömmlicher löblicher Sitte durch Hranziehung von „militärischen Kräften“ paralysirt. In die Provinz Lüttich sind bereits starke Truppenabtheilungen eingerückt. Die belgische Bourgeoisie hat sich wohl einzunistet und sitzt sich; sie beherrscht die Landesregierung und bemerkt, daß diese mit Säbeln und Kanonen in den sozialen Kampf eingreift. Noch sind wohl Jedermann die Greuelthaten im Gedächtniß, welche das zur Niederschlagung der Arbeiter bestimmte Heer des belgischen Kaiserstaats im Jahre 1868 zu Seraing und Charleroi an wehrlosen Arbeitern und Arbeiterinnen verübt hat; noch wird es Jeder zu würdigen wissen, wie damals den hungernden Proletariatsmassen statt Brodes nicht ein Stein, sondern Pulver und Blei geboten wurde. Auf Niederschlagung der Arbeiter scheint es die Bourgeoisie auch diesmal wieder abgesehen zu haben. Hoffentlich vereiteln die belgischen Arbeiter durch energisches, aber kluges und besonnenes Handeln die mordlustigen Pläne des belgischen Industriecitizens und Ausbeuterthums.

— In Klagenfurt ist das „Sozialpolitische Volksblatt“ confiszirt worden.

— „Die Preußen in Elsaß und Lothringen“ heißt das neueste Buch von Gustav Rasch, welches bei unserem Parteigenossen Braude in Braunschweig erschienen und sofort von der löblichen Polizei confiszirt worden ist.

Die Wahlkampagne in Mülhausen im Elsaß.

Es mag unbedenklich erscheinen, bei der kleinen Zahl von Stimmen, die Liebknecht im elsässischen Mandatskreise erhalten hat, einen großen Raum für diese Angelegenheit im Parteiprogramm zu beanspruchen, aber es knüpfen sich doch hieran verschiedene Beobachtungen, die ausgesprochen werden müssen, um jedem Parteigenossen die Sachlage in dem annexirten Elsaß klar zu legen. Norddeutsche, die nach dem oberen Elsaß kommen, sind sehr gern bereit, das Volk dieses Landes als „dumm“ zu bezeichnen, während es gerade diese Bezeichnung am allerwenigsten verdient. Der Oberelsässer ist ganz vom gleichen Schlage wie der Schweizer (Mülhausen gehörte bis zum Ende des vorigen Jahrhunderts zur Schweiz) und seine heroische Eigenschaft ist ein starker Trost gegen alles „Fremde“. Zur Zeit, als das Elsaß noch zu Frankreich gehörte, war der wirkliche Franzose der „Welsche“ beinahe ebenso ein „Fremder“, wie der „Deutschländer“. Die Annexion hat den angenehmen Erfolg gehabt, daß der Trost des Volkes für den „Deutschländer“ nunmehr doppelt fühlbar ist. Der Haß gegen die „Schwobe“ ist weit intensiver geworden, als er jemals war, eine „Einkennung“, die sehr wohl begründet ist und deren Unannehmlichkeiten man eigentlich gerechterweise den National-liberalen zu lasten geben sollte, indem man sie abtheilungsweise nach dem Elsaß schickte und dort einzeln in den Fabriken auf ein halbes Jahr plaziren sollte.

In Beziehung auf Schulbildung hat sich Frankreich auch schwer am Elsaß veründigt und Leute, die nicht lesen und schreiben können, trifft man nicht selten. Und nun kommt das arme Land aus dem Regen in die Traufe, in die Arme des „Siegels von Sabowia“, d. h. in preussische Schuljucht.

Und nun Mülhausen, das ist eine echte und ganze Fabrikstadt mit einem zahlreichen, ausgebeuteten und demoralisirten Proletariat, das zum Ueberflus noch größtentheils bigott katholisch ist. Natürlich steht auch die Spionage in den Fabriken noch in schönster Blüthe. Richtschäfer findet man in den Fabriken gar nicht, im Kleinhandwelsstande nur sehr vereinzelt. Das sogenannte „fremde Element“, das bei allen Bewegungen und überall eine so merk-

würdige Initiativekraft entwickelt, ist in Mülhausen so gut wie gar nicht vorhanden und es ist wohl bezeichnend genug, daß in dieser nunmehr zu Deutschland gehörenden Stadt, mitten unter einer deutschredenden Bevölkerung ein eigener „Deutscher Arbeiterbildungsverein“ existirt, unter dessen Mitgliedern zwar Deutsche und Schweizer aber keine Elsässer sind.

Als weitere Signatur mag noch gelten, daß ferner in Mülhausen seit etwa einem Jahre ein Arbeiter-Unterstützungsverein besteht, in dem man — um die elsässischen Arbeiter nicht abzustoßen — keine „Schwobe“ aufnehmen durfte.

Nach allem diesem wird man es begreifen, daß es nur eine kleine Schaar elsässischer Arbeiter in Mülhausen war, die sich an der Wahlkampagne betheiligte. Und zwar war diese kleine Schaar noch ganz ohne Organisation und noch acht Tage vor der Wahl fest entschlossen, nicht zu wählen, da doch nichts zu machen“ sel-

Wer sich etwa einbildet, seit dem 1. Januar 1874 sei im Elsaß die Diktatorperiode vorüber, der irrt sich gewaltig. Allerdings herrscht seit Neujahr ein „gesetzmäßiger Zustand“, aber kein Mensch weiß wirklich, was für Gesetze eigentlich gelten. Es heißt, die französischen Gesetze haben noch Gültigkeit und neben ihnen die neuen, von Neujahr ab, erlassenen deutschen Gesetze und Verordnungen. Da sich aber selbstverständlich Niemand in diesem Dazwischen zurechtfindet, so herrscht die Willkür der Oberbehörden. Daher kam es denn auch, daß es unmöglich war, in Mülhausen früher als zur Wahlzeit eine öffentliche Versammlung abzuhalten und selbst die Abhaltung der Arbeiterversammlung vom 25. Jan. wurde nur unter der Bedingung gestattet, daß es eine Wahlversammlung sein sollte.

Das Versammlungslokal in der „Kron.“ war klein; es giebt wohl noch zwei größere Lokale, aber diese gehören der Bourgeoisie und sind zu Arbeiterversammlungen nicht zu haben. Wohl über 400 Mann waren Kopf an Kopf gedrängt und Viele konnten nicht mehr in den Saal. Ohne viel Formlichkeiten wurde die Versammlung eröffnet, ein Bureau gewählt, dann hielt ich eine Ansprache, welche nicht ganz dreiviertel Stunde dauerte und mit Beifall aufgenommen wurde; ich legte die Lage der Arbeiter dar, um hieraus ihre ökonomische Klassenstellung und ihre politische Parteistellung zu begründen. Selbstverständlich mußte sich meine Ansprache nur auf die Umriffe beschränken, doch gelang es mir ziemlich, die Leute in den richtigen Gedankengang zu bringen und als ich dann, auf die Wahlen übergehend, die Arbeiter-Partei gegenüber allen anderen Parteien etwas genauer heroorhob und den Mülhauser Arbeitern die Kandidatur Liebknecht vorschlug, da äußerte sich allgemeine Zustimmung.

Nun sprach noch Bürger Weiß, kritisirte die bereits aufgestellten Kandidaturen und hob kurz die Verdienste Liebknecht's um die Sache der Freiheit und der Arbeit heroor. Hierauf wurde Liebknecht einmüthig als Kandidat aufgestellt und da ein weiterer Verhandlungsgegenstand nicht vorhanden war, so wurde die Versammlung — die nicht ganz eine Stunde gedauert hatte — geschlossen. Man war allezeit sehr zufrieden und hegte die schärfsten Hoffnungen. Sofort wurde das Wahlcomité organisiert und ein kurze Proklamation entworfen, die sich fast ausschließlich auf die speziell elsässischen Verhältnisse bezog und in deutscher und französischer Sprache abgefaßt war. Die Presse äußerte sich höchst anständig über die Versammlung und über die von ihr aufgestellte Kandidatur.

Es waren also jetzt drei Kandidaten, die im Wahlkreis Mülhausen in den Kampf traten. Der erste war Henri Haefels, ein reicher Fabrikant und Gutsbesitzer, der aber allgemein als ein ungebildeter und unfähiger Mensch gilt. Er trat in einer feierlichen Proklamation als Protestkandidat auf und hinter ihm stand ein ganzes Konglomerat von Parteien: Ultramontane, Republikaner und ehemalige Bonapartisten. Letzteres waren die eigentlichen Bestimmungsgenossen Haefels's, der unterem Kaiserreich als offizieller Kandidat in den Generalrath des Departements gewählt worden war.

Der zweite Kandidat war Grunelius, ein bei Mülhausen längst angelegener Deutscher und sozusagen offizieller deutscher Kandidat, der den Wählern versprach, für die Autonomie Elsaß-Lothringens zu wirken. Grunelius ist ein reicher Grundbesitzer und hinter ihm standen sämtliche Behörden.

Der dritte war unser Liebknecht, fern in Sachsen festung gefangenener und hinter ihm stand nur ein kleines Häuflein armer aber begeisterter elsässischer Arbeiter.

Der Wahlkreis Mülhausen umfaßt außer der Stadt Mülhausen noch 74 Gemeinden. Die Mitgliederzahl der ultramontanen Partei und Bruderschaften geht in die Tausende, jeder Pfaffe ist ein Agitator mit einer privilegierten Rednertribüne und hat Zeit genug zum Agitiren. An Geld fehlte es den beiden andern Kandidaten zur Agitation ebenfalls nicht und folglich auch nicht an vielen baren Geistern. — Wir waren ganz auf uns selber angewiesen und unsere einzige, immerhin aber wirksame Hilfe waren die kleinen Häuflein Elsässer Parteigenossen.

Ich sagte oben, die Mülhauser Zeitungen hätten über die erste Versammlung anständig berichtet; sie haben diesen Anstand in Alle gegenüber während der ganzen Wahlperiode bewahrt. Der „L'industriell Alsacien“ machte mich zwar zuerst zu einem Herrn von Greulich, der nebenbei auch Kantonsrath und Schuhmachermeister sein sollte, das that aber der Sache keinen Schaden, sondern erregte nur unter den Mülhauser Freunden und in Zürich große Heiterkeit.

Desto mehr aber wurde außerhalb der Presse gegen uns gearbeitet. Zunächst war es eine angedachte Sache, daß ich Agent Bismarck's sei. Sehr gern hätte man mir sonst noch ein „Schlechtigkeiten“ angehängt, leider waren dieselben in der Eile nicht aufzutreiben.

Nur noch eine Versammlung in einem gestopft vollen Wirtshauslokal in Dornach konnten wir abhalten. Dort verfügten Leute Meister und Angestellten Haefels's über eine starke, bezahlte Elite und stellten auch einen Schreiber von Dollfus, Mieg u. Co. gemacht uns in's Feld, der eine Rede ablesen mußte. Nach jedem Schluß wurde ein donnernder Applaus losgelassen. Liebknecht wurde zu mir nicht angegriffen, sondern nur betont, daß er ein Sachse sei und die elsässischen Arbeiter Franzosen sein und bleiben wollten, daß auch einen französischgesinnten Elsässer wählen sollten. Ich leuchtete zwar dem Vürchen ordentlich heim, konnte aber diese Arbeiterversammlung selbstverständlich nicht umtrempeln und so schloß die Versammlung, unser Parteigenosse Heig die Sitzung.

Wohl war noch eine weitere Versammlung in Brunnsthal in Aussicht genommen und angezigt worden. Der Wirtshaus aber das Lokal ab und wir ersahen später, daß mir dort ein übler Empfang zugebracht war.

So blieb uns nur noch übrig, durch Verteilung von Proklamationen, Liebknecht's Reichstagsreden, „Volksstaat“ und Stimm-

jetzt zu wirken, was nach Kräften geschah und worin uns die wackeren Badler tapfer unterstützten.

Nun wurden die niederträchtigsten und zugleich lächerlichsten Lügen über uns losgelassen. Das einmal lebte ich aus dem mährischen Gold, das anderemal hieß es, man müsse für meine Rückreise Geld sammeln. Das einmal war ich ein fürchterlicher Sozialist und Petroleum, das anderemal sollte ich mit dem Polizeikommissär in einer Kasse zur Versammlung gefahren sein und als besonderer Beweis meines bismarckischen Agententhums wurde der Umstand hervorgehoben, daß ich in den Versammlungen (natürlich zu meinem Schutz) stets von Polizeiern und Gend'armen umgeben sei.

Am Tag vor der Wahl ließ Haefely noch ein großes Manifest los, das an alle nur denkbaren Ecken geklebt wurde, theils sogar über unsere Platate. Auf unsere Platate wurde an mehreren Orten über den Namen Liebknecht ein gummirter Papierstreifen geklebt mit den Worten „est un prussien!“ Am Samstag Abend wurde auf den Straßen und sogar in Kirchen ein Flugblatt vertheilt, unterzeichnet „Die Elsäßer Liga“, in welchem die Kandidatur Liebknecht's als eine preussische bezeichnet und ferner noch gesagt wurde, der Polizei-Kommissär Schmidt habe mir nach der Versammlung in der „Krone“ die Hand gedrückt.

Als letzter Trumpf wurde den Bauern noch vorgeschwindelt, Liebknecht siße deswegen, weil er aus einer Kirche die „Monsstranz“ und andere „heilige Gefäße“ gestohlen habe!

Auch Bürger Weiß ging bei diesem Lügenkonzert nicht leer aus und sollte gefragt haben, was gezahlt würde, wenn man die Kandidatur Liebknecht zurücksetze.

Das Wahlergebnis wird bekannt sein: Der „Protestkandidat“ Haefely erhielt über 14,000, der deutsche Grunelius über 1000 und unser Liebknecht 335 Stimmen.

Eine ziemlich Anzahl von unsern Leuten konnte nicht stimmen, ihr Name war nicht auf den Wählerlisten, diese aber waren schon Anfang Ja nar geschlossen worden.

Es sind ihrer Wenige, die vorurtheilsfrei genug waren, dem Sozialdemokraten und „Schwo“ ihre Stimme zu geben, aber diese Stimmen sind doch als ein Kulturdenkmal zu bezeichnen, als ein erster Schimmer eines schöneren Tages und es ist mir der Auftrag geworden zu erklären, daß jene Mülhauser Arbeiter, welche Liebknecht ihre Stimme gaben, diesen Mann als ihren Vertreter betrachten, auch wenn er nicht in Mülhausen gewählt wurde. Sicherlich wird eine nächste Wahl in Mülhausen andre Resultate ergeben, wie damals. Die Mülhauser Genossen haben mir ihr Wort gegeben, eifrigst im Dienste der Sozialdemokratie zu wirken und baldigst in die Reihen der wirklichen Parteimitglieder einzurücken. Sie werden ohne Zweifel ihr Wort halten. Zürich, den 9. Februar 1874. Hermann Greulich.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft der Schuhmacher.

Leipzig. Schon längst hatte ich es mir zur Pflicht und Aufgabe gemacht, einmal Rundgang und Nachfrage bei unsern ehemaligen zur Gewerkschaft gehörigen Kollegen zu halten. Jedoch die immerwährende anhaltende viele Arbeit in meinem Geschäft, andererseits wieder den Raum des „Volkstaat“ wegen der Wahlberichte, hielt mich davon ab. Ich heffe aber dennoch, daß mein Mahnuf noch zur rechten Zeit kommen wird und dieser gilt den Kollegen in Heilbronn, Cannstadt, Göppingen, Wandersbeck, Zwickau, Bamberg, Vohr, Köln und Celle i. V. Als vor einigen Jahren der sogenannte „heilige“ Krieg ausbrach und in vorstehenden Städten unsre Kollegen theils Alles für verloren hielten, theils viele zur Fahne einkerkerten wurden, da versprachen sie, bei besserer und passender Gelegenheit wieder in unsre Reihen mit einzutreten. Ich erinnere hiermit dieselben an ihr Versprechen mit der Bitte, ihre Plätze wieder einzunehmen, also in die Gewerkschaft einzutreten.

Coll gen! Die Ihr größtentheils wieder unter Eure Bekannten und Freunde zurückgekehrt seid, was hält Euch zurück, wieder in Reich und Glied mit einzutreten? Die Ihr einstmals von dem Geist der Zusammengehörigkeit befeuert waret, um mit vereinten Kräften für Verbesserung und Hebung unsrer Lage, für Menschenrecht und Menschenwürde zu kämpfen, habt Ihr nicht genug Noth und Elend erfahren und erlitten müssen? Ist Eure Lage, ist Euer Verstand besser geworden oder schwächer? Ihr in Folge dessen nicht noch mehr unter dem Joch der Willkür und Ausbeutung? Zeigt und beweist, daß die Strapazen und Alles Erlebte Euch klüger gemacht haben, zeigt und beweist uns, daß Ihr nicht geistig verkommen seid, daß vielmehr die Vergangenheit für Euch eine große Lehre gewesen ist. Ich rufe Euch nochmals zu, die Zeit der Laune und Trägheit ist vorüber, ich frage Euch nochmals, was habt Ihr jetzt für Ausreden? Alle unsre Kollegen, die damals mit uns waren, die so an unsre Gewerkschaft mit gründeten, werden klagen und schreien, werden fühlen, in welcher Noth und in welchem Elend sie sich befinden, aber warum haben sie nicht den Muth sich aufzuraffen. Wagt Ihr nicht, daß Ihr Menschen und als solche an Allem Theil zu nehmen berechtigt seid, was das Leben bietet, warum müßt Ihr aber vor Allem es dahin zu bringen suchen, daß Eure Existenz eine bessere, Euer Leben ein menschenwürdigeres wird. Es ist unsre größte Pflicht und Schuldigkeit, unsre Nachkommen vor einem elenden und färglichen Leben zu bewahren und eine bessere, aber nicht trostlosere Zukunft zu schaffen. Müßt Ihr zu Alledem nicht sagen: ja, es ist wahr. Nun, aber was zaudert Ihr so lange, habt Ihr nicht schon gezeigt und erlebt, daß durch die Vereinigung und Eingieit viel, ja Alles zu erreichen ist. Viele von Euch halfen unsre Gewerkschaft, unsre Organisation ins Leben zu rufen. Und heute, wo Ihr sagen müßt: Die Lage des Arbeiters, des Kleinhandwärlers ist keine bessere geworden, könnt Ihr so gleichgültig und kaltblütig zusehen, was sollen wir von Euch den Leuten?

Durch Eure Gleichgültigkeit, durch Eure Theilnahmslosigkeit gemacht Ihr Euch zum Verdreher an Euren Kollegen, an Euch selbst, an Eurer Familie und an der Zukunft überhaupt. Wenn es Euch klagt und schreit, so laßt man Euch nur antworten: Ihr müßt es nicht bitter haben, Ihr verdient es nicht besser. Euch, die Kollegen vorgenannter Städte vor Allen, die Ihr schon einmal die Nothwendigkeit der Organisation gezeigt habt, Euch möchtet Ihr als Hemmschuh der Gewerkschaft bezeichnen. Diesen Vorwurf müßt Ihr nur dadurch zurückweisen, daß Ihr von Neuem in unsre Gewerkschaft eintretet. Es giebt keine Ausreden mehr, jede Ausrede, die sie wie sie wolle, können und müssen wir nur als Feigheit und Trägheit zurückweisen. Also heraus mit der Sprache. Collegen vorgenannter Städte und Kollegen allerorts, laßt Euch unsre Vorwürfe nicht gefallen, halt keine langen „wenn“ und „aber“ vor, sondern zeigt die That, durch Euren Beitritt zur Gewerkschaft.

Eine besondere Frage möchte ich unsre Kollegen in Zwickau richten. Auch Ihr waret einmal in unseren Reihen. Ihr tratet ein mit dem Verlangen nach einer Gewerkschaftskrankenkasse. Leider war zu damaliger Zeit des Kriegsgewimmels wegen ein derartiges Unternehmen zu riskant, und nicht wartend auf bessere Zeiten, zogt Ihr Euch mit dieser für uns nicht stichhaltigen Ausrede muthlos zurück. Aber jetzt. Wagt Ihr nicht, oder wollt Ihr nicht wissen, daß wir eine allgemeine Gewerkschaftskrankenkasse haben? Jetzt ist Euer Wunsch erfüllt. Wir haben unsre Pflicht und Schuldigkeit gethan und sind verschiedene Einrichtungen der Zeit und den Verhältnissen angepaßt, getroffen werden. An was liegt es also, daß Ihr noch immer nicht in die Gewerkschaft eingetreten seid. Wir wollen hoffen, daß diese Aufforderung Euch Alle dazu drängt, wieder in unsre Reihen einzutreten und von unsrer neuen Schöpfung Gebrauch zu machen. Thut Ihr das nicht, so müssen wir annehmen, daß Eure damalige an uns gerichtete Forderung nur Schein war. Für heute genug. Nächstens wollen wir ein Wort mit unsren Kollegen in der Schweiz reden. A. Schäfer.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Die Mitgliedschaften, welche noch zu der zweiten Extrastener der Wilhelmshavener restituiren, werden ersucht, so bald wie möglich diesen Rest an den Cassirer einzulösen; zugleich auch von Wilhelmshaven allen Zuzug fernzuhalten.

Hamburg, den 11. Februar. B. Sohns, Cassirer. NB. Ferner wird zur Anzeige gebracht, daß Remel sowie Kosta Mitgliedschaften gebildet und sich dem Allgemeinen deutschen Schiffszimmerer-Verein angeschlossen haben.

Gewerkschaft der Holzarbeiter.

Die Bevollmächtigten nachbenannter Orte werden hierdurch nochmals aufgefordert, umgehend die Abrechnung pro 4. Quartal 1873 einzusenden: Augsburg, Berlin, Becka a. Elm, Köln, Eisenach, Landslut, Neustadt a. d. Orla, Schm. Halle und Pottschappel. Es ist geradezu unverantwortlich, daß die bereits am 15. Januar fällige Abrechnung hent noch nicht eingekandt ist.

Auf die Orte, welchen die Abrechnungen wegen mangelhafter Ausfertigung wieder retour gesandt wurden, werden an die schleunigste Erledigung erinnert. Neu beigetreten ist Baireuth und Staßfurt.

Die Central-Verwaltung.

Correspondenzen.

Leipzig, 12. Februar. Die Freiheit, mit welcher das „Leipziger Tageblatt“ bestrwortet, daß auch allen denen das Wahlrecht entzogen worden, deren Kinder aus Staats- oder Gemeindegeldern unentgeltliche Schule genossen, oder darum nachgesucht, oder für deren Kinder die Schulbeiträge nicht zu erlangen waren, veranlaßt uns, eine kleine Untersuchung darüber anzustellen, wem bei einer solchen Praxis in Wirklichkeit das Wahlrecht genommen zu werden verdient. Es wird sich herausstellen, daß diejenigen, welche dem Armen jeden Groschen, den er aus öffentlichen Mitteln bezieht, als ein Verbrechen anrechnen, wofür ihn der bürgerliche Tod zu treffen hat, in Wahrheit es sind, welche die öffentlichen Gelder für sich und ihresgleichen Thalerweise in Anspruch nehmen und, da sie die Bemitteltesten sind, da sie es selbst sind, welche durch ihre Stimmen im Reichstag, im Landtag und der Gemeinde sich die öffentlichen Gelder bewilligen, damit Handlungen begehen, welche sich von einer gewissen Praxis in nichts als durch den Namen unterscheiden.

Es ist bereits im Jahre 1871 durch Bebel öffentlich in einer Leipziger Volksversammlung nachgewiesen worden, und zwar gestützt auf die offiziellen Zahlen des Leipziger statistischen Bureau, daß nicht nur der kleine Gemeinbe-Beamten- und Arbeiterstand den verhältnismäßig größten Theil der öffentlichen städtischen Abgaben aufbringt, sondern daß auch bei der Veranschlagung der Gelder diese Klasse, also die große Majorität der Bevölkerung, am wenigsten davon genießt, vielmehr die wenigen Prozent der besitzenden Klassen es sind, welche den Löwenantheil für sich in Anspruch nehmen.

Es wurde festgestellt, daß während für den Kopf der Armen-schüler 8 Thlr. aus städtischen Mitteln jährlich ausgegeben wurden, die Bürgerschüler per Kopf 11, 13, 15 und in der ersten Bürgerschule gar 17 Thlr. per Kopf kosteten. Das Nicolaimagnasium beanspruchte sogar per Kopf über 30 Thlr. Das Verhältniß hat sich durch Gründung verschiedener neuer höherer Schulen seit jener Zeit zu Gunsten der besitzenden Klassen Leipzig noch verbessert. Wenn etwas die Ungerechtigkeit und Unverschämtheit der Forderungen des „Leipziger Tageblatts“ darthun kann, so sind es diese Zahlen. Wir können aber mit noch mehr dienen. Die Regierung hat für die Leipziger Universität, abgesehen von nahezu 1 Million Thaler für Bauzwecke, 214,829 Thlr. Zuschuß für das Jahr 1874 gefordert. Die Universität zählt 2900 Studierende gegenwärtig, der Staat zahlt also aus dem Sädel sämtlicher Steuerzahler für die Söhne der höchsten 5-6 Prozent der Gesamtbevölkerung zahlenden Klassen, aus denen sich die Studierenden rekrutiren, per Kopf 79 Thlr. jährlich. Unter den 2900 Studierenden befinden sich aber nur ca. 900 Sachsen, die andern sind Ausländer. Die sächsischen Steuerzahler, also vorzugsweise die arbeitenden Klassen, zahlen demnach jährlich circa 150,000 Thaler für die Söhne der reichsächsischen Bourgeoisie. Was sagt das „Leipziger Tageblatt“ zu dieser Rechnung?

Aber wir können mit noch mehr dienen! Das sächsische Staatsbudget beansprucht für 1874 für die Volksschulen 380,475 Thlr., die katholischen Schulen 13,267 Thlr., fernere für Schulen, die keineswegs nur von den niederen Klassen besucht werden, als Baugewerkschule 24,400 Thlr., Werkmeisterschule 12,750, Fortbildungs- und Spezialgewerkschulen 28,150, Ornamenten- und Musterzeichenschule 7300 Thlr., in Summa 466,342 Thlr. Für Unterrichtsanstalten der höheren Klassen sind angelegt: für Gymnasien und Realschulen zc. 2,640,8 Thlr., Polytechnische Schule in Dresden 52,100, höhere Gewerkschule in Chemnitz 19,150, Handelschulen 3000 Thlr., in Sa. 280,658 und unter Hinzurechnung des Jahreszuschusses der Universität, ecl. der Gelder für Erweiterungsbauten, 214,829 Thlr., in Summa 495,487 Thlr. Es werden also für ungefähr 94-95 Prozent der Bevölkerung 466,342 Thlr. für Bildungszwecke ausgegeben, für die 5-6 Prozent der wohlhabenden Klassen 495,487 Thlr. Der Staat zahlt demnach für jeden Thaler, den er für die Bildung der arbeitenden Klassen ausgiebt, 18 bis 19 Thlr. per Kopf für die Bildung der höheren Klassen. Und nun halte man fest, daß die Steuern, aus denen jene Ausgaben bestritten werden, wesentlich von den arbeitenden Klassen

aufgebracht werden, um die Unverschämtheit der Forderung des „Leipziger Tageblatts“, wie die Verschwendung, womit sich die besitzenden Klassen den Wohlstand nur auf diesem einzigen Gebiete aus den öffentlichen Kassen des Staats angeeignet haben, würdigen zu können. Wie die Staatsgelder von Seiten der Besitzenden in ihrem Klasseninteresse ausgenutzt werden, so geschieht das Gleiche auch mit den Gemeingeldern. Es besteht nicht ein einziger größerer Ort in Sachsen, wo nicht die Hand voll Begüterter es versucht und auch durchgesetzt hat, für ihre Söhne und Töchter, wenn eine besondere Schule nicht möglich war, so doch eine besondere höhere Klasse mit extra bezahlten Lehrkräften einzurichten, deren Kosten wesentlich der Gemeindefiskus trägt. Das oben von Leipzig gegebene Bild wiederholt sich allerwärts im Kleinen und das gilt selbstverständlich nicht nur von Sachsen, sondern von allen Staaten. Die uns zur Verfügung stehenden Budgetzahlen aus Württemberg, Baiern, Preußen weisen genau dasselbe Verfahren nach.

Bei solchem Sachverhalt kann nur eine aller Scham und allen Gerechtigkeitsgefühls ermangelnde Presse Vorschläge auf Entziehung des Wahlrechts aufstellen und unterstützen, wie das seitens des „Leipziger Tageblatts“ und ähnlichen Blättern geschehen ist. Hat die liberale Partei die Stirn, diese Vorschläge im Reichstag zur Geltung zu bringen suchen, dann werden unsere Vertreter die Antwort nicht schuldig bleiben und beweisen, wer es in Wahrheit ist, der aus öffentlichen Mitteln Unterstufungen bezieht.

Grimmitzshau, 10. Februar. Die am vergangenen Sonntag hier im „Weißen Roß“ abgehaltene Arbeiterversammlung war stark besucht, namentlich waren die Fabrikarbeiterinnen zahlreich erschienen. Auf der Tagesordnung stand: „Die Stellung der Frauen zur Gewerkschaft“. Dieses Thema wurde von drei Rednern gründlich beleuchtet und erörtert und folgende Resolution in Vorschlag gebracht:

- „Die heutige Versammlung erklärt:
- 1) Die weibliche Arbeit ist, sofern sie dasselbe leistet, wie die männliche, ebenso zu bezahlen, ohne irgend welchen Abzug gegen die letztere.
 - 2) Die Interessen der männlichen und weiblichen Arbeiter sind solidarisch, wozwegen auch beide fest zusammen stehen müssen in der Gewerkschaft, um ihre Interessen in jeder Weise vertreten zu können.“

Nachdem einige Redner für die Resolution gesprochen, wurde dieselbe von der Versammlung einstimmig angenommen. Alsdann ließen sich noch Viele in die Listen der Gewerkschaft einzeichnen, und wurde die Versammlung in der Erwartung, daß sie für die Gewerkschaften von dauerndem Erfolge sein möge, geschlossen. (Er. B. und Vsd.)

Schönbach bei Jittau (1. sächsischer Wahlkreis). Mit Recht tabelte es der „Volkstaat“, daß ihm aus dem 1. Wahlbezirk keine Nachricht zugekommen sei, ob unsere Partei da Stimmen erhalten habe. Leider nicht. Die Arbeiter sympathisiren wohl mit uns; aber es fehlt jede Organisation. Wir stimmten deshalb für den Kandidaten des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins Hauslein, welcher auch, wie bereits mitgetheilt wurde, 1,518 Stimmen erhielt.

Dresden. Nach den Auszählungen der letzten Wahlcampagne, die ein für uns so ehrenvolles Resultat zur Folge hatten, vereinigten sich am 1. Februar die hiesigen Genossen zu einem Feste, dessen Verlauf in allen Beziehungen ein höchst gelungener war. Es galt, den 13. Geburtstag des Arbeiterbildungsvereins zu feiern und bei der Wichtigkeit, die dieser Verein für die Entwicklung der hiesigen Parteiverhältnisse gehabt hat und noch hat, sei es mir gestattet, den Raum des „Volkstaat“ durch einen kurzen Bericht in Anspruch zu nehmen. Der Dresdner Arbeiterbildungsverein wurde im Jahre 1861 gegründet und segelte, wie alle damaligen Arbeiterbildungsvereine, lange Zeit im Schutze des sächsischen Fahrwasser. Nach dem Auftreten Lassalle's wurden zwar einige Versuche gemacht, die neuen Ideen im Verein zu verbreiten; doch hatte diese nur den Ausschlag der betreffenden Beschlüssen zur Folge. Im Laufe der Jahre erstarrte die Zahl der Anhänger des Sozialismus immer mehr und mehr, so daß nach vielfachen Kämpfen im Jahre 1870 endlich eine Spaltung eintrat, indem die reactionären Elemente austraten und den Arbeiter-Fortbildungsverein gründeten, der nur durch Unterstützung des Stadtraths und der nationalliberalen Sippe bislang vegetirte. In den Arbeiterbildungsvereinen zog nunmehr neues Leben ein; durch Entziehung der bisher erhaltenen stadträthlichen Subvention auf eigene Kraft angewiesen, vergrößerte er sich mehr und mehr und konnte so, unter Leitung von „culturfremden“ Sozialisten, seinem Zwecke, Bildung zu verbreiten, weit besser genügen als früher. Die Ordnung im Verein, die früher sehr mangelhaft gewesen, wurde von den „Feinden der Ordnung“ fortwährend verbessert, so daß die Einrichtungen des Vereins jetzt als musterhaft zu bezeichnen sind.

So war es denn kein Wunder, daß am 1. Februar die Räume des Schillerschloßens bis auf den letzten Platz gefüllt waren. Die durch die Erfolge der letzten Zeit hervorgerufene freudige Stimmung der Teilnehmer wurde durch das gelungene Arrangement, die Vorträge der Sänger, sowie durch die schwungvolle Festrede Julius Dörmers nur erhöht. Aus dem durch den ersten Vorsitzenden Dr. Bose erstatteten Bericht über die Thätigkeit des Vereins, die selbst die „Dresdener Nachrichten“ als eine „überraschend große“ bezeichnen, sei nur hervorgehoben, daß der Verein im letzten Jahre 798 Mitglieder zählte und daß die Einnahmen nahe an 1000 Thlr. betragen. Bei dem dem Festactus folgenden Comers sprachen u. A. B. Heilich, Wäfler, Radestock, Auer, und ergab eine zum Besten des Wahlfonds vorgenommene Sammlung die Summe von 20 Thlrn. Ein Ball hielt die Festtheilnehmer noch lange zusammen. Dem Arbeiterbildungsverein zu Leipzig, sowie den lieben Genossen in Zürich sei hiermit noch der beste Dank für die telegraphischen Glückwünsche ausgesprochen, und schließlich seien die Mitglieder des Arbeiterbildungsvereins aufgefordert, auf dem betretenen Wege muthig vorwärts zu schreiten und stets an der Deuße festzuhalten, die den Arbeiterstand vereint zum Siege führen wird, die da lautet: Intelligenz und Organisation!

Pirna, 6. Februar. (Wahlagitacion.) Die Bewegung, die bei dermaliger Reichstagswahl ganz Deutschland durchzitterte, hatte auch unsern 8. sächs. Wahlbezirk in nicht geringe Bewegung versetzt. Mit geringer Ausnahme galt es, hier auch theils noch gar nicht beackerten, theils seit Jahren brache liegen gebliebenen Boden zu gewinnen. Wir haben im Voraus nicht daran geglaubt, unserm Kandidaten zum Siege zu verhelfen, uns sollte die Agitation ein Mittel zum Zwecke sein. Wir sind zufrieden mit dem gewonnenen Resultat und freuen uns dessen, da es ohne alle Organisation und mit starker Beihilfe der Kleinbürger und Kleinbauern erreicht worden. Wir haben an allen Orten, wo es dem Kandidaten vergönnt war, aufzutreten, eine recht ansehnliche Minorität, ja in einigen Bauernbürgern die Majorität erzielt. Auch in unserm Kreise hatten sich alle gemäßigten Parteien brüderlich die Hand gereicht; überall waren die Gegner volljährig an der Wahlurne

Arbeiter, überall hatte man die abhängigen Arbeiter von derselben erhalten oder doch dieses versucht. Fast in allen Orten sind Wahlvereinigungen der größten Art zu verzeichnen, und trotz Aufgabe aller besonderen Prinzipien der gegnerischen Parteien, trotz gespannter Lagerbetriebe an die Arbeiter, trotz alledem eine Minorität, vor welcher die Herrn gewaltig erschrocken sind.

Münchenerbergdorf, 1. Februar. Trotzdem unsere Herren Teppichfabrikanten theilweise zugestanden, daß das Vorliegen ihres Lohnzettel in Uebereinstimmung gebracht und sie nicht genau berechnet hatten, daß es bei einem Arbeiter wöchentlich so viel an seinem Lohne ausmache (schöne Rechnung das), haben sie wahrhaftig in der ersten Uebereinstimmung noch eine zweite begangen, indem sie beschloffen: derjenige Arbeiter, welcher den von den Arbeitern ausgearbeiteten Tarif unterschrieben, keine Arbeit wieder erhalten solle.

Um nun aber zu zeigen, welche Motive diese Leute zu einer solchen Handlung getrieben, sei folgendes mitgeteilt. Ein gewöhnlicher Arbeiter wurde von seinem Arbeitgeber mit folgenden Worten entlassen. Na, da siehst Du, das hast Ihr von Eurer demokratischen Geschichte. Als der Arbeiter entgegnete, daß die Demokratie ganz gut sei, erwiderte der Mann: Das kann aber nicht sein, Ihr wollt kein Kaiser und König, Ihr wollt nur einen Umsturz, denn das sieht man ja jetzt. Der Arbeiter setzte entgegen, daß Alle Teppicharbeiter bis jetzt mit dem erhaltenen Lohn zufrieden gewesen, mithin der Umsturz nur von dem Fabrikantenbunde provoziert worden sei.

Ein anderer Arbeitgeber sagte: Ja, ein Demokrat kann in einer Werkstatt viel Schaden verursachen, denn die hegen (er wollte wahrscheinlich sagen, diese lären) ihre Mitarbeiter nur auf.

Wir rathen nun einem Theile dieser Herren zu folgender Forderung: 1) Jeder Arbeiter hat stets fleißig zu arbeiten; 2) jeder Arbeiter hat den Unrath, welcher die Werkstatt durchfliegt, massenweise hinarbeitenschlucken, damit seine Lebensbedürfnisse sich verringern; 3) kein Arbeiter darf schlafen, wenn ihm von seinem Lohne wöchentlich 15 bis 20 Gr. abgezogen werden. Auch soll er nicht rechnen ob es nicht noch mehr beträgt. Schließlich müssen wir die Parteigenossen nochmals auffordern, die Gemüthseltsen zu unterstützen. Wir haben schon viel Geld zu Stricks und Maßregelungen ausgegibt. Ist aber eine Liebe nicht der andern werth?

Gelber sende man ferner an den Vertrauensmann Hartwig Hartmann.

Berlin, 10. Februar. Im Berliner Arbeiterverein referirte am Montag den 9. Februar Herr Wobischall über „die sozialdemokratische Arbeiterpartei.“ Es gehört immerhin ein gewisser Muth dazu, in einem Verein, der im Großen und Ganzen Stein und Bein auf Schulze schwärzt, in Form eines Vortrages die Grundsätze der Sozialdemokratie zu vertreten; der Vortragende erledigte indessen diese Aufgabe in sehr befriedigender Weise. Zunächst erörterte er das Ausstreichen der Arbeiterparteien seit dem Beginn der neuen Ära in Preußen und die Bildung des Allgem. deutschen Arbeitervereins durch Lassalle.

Sodann erläuterte der Referent ausführlich die Verhandlungen des Nürnberger Arbeitertages und schließlich die Bildung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf dem Eisenacher Congreß im Jahre 1869. In kurzen Worten erläuterte er nun die einzelnen Punkte des Programms und hob hervor, auf das Resultat der stattgefundenen Wahlen hinweisend, daß eine Partei, die in einem solchen Zeitraum des Bestehens solche Resultate geliefert, einem jeden Unbefangenen denn doch ein anderes Urtheil abnöthigen müßte, als man es sonst zu vernehmen gewohnt sei. In dieser Beziehung machte Redner zum Schluß darauf aufmerksam, daß das Ausstreichen der sogenannten Kathedersozialisten, sowie die Bildung des sozial-politischen Vereins seitens der Firsche-Dunder'schen Gewerksvereine, wenn dies Alles auch noch sehr viel zu wünschen übrig lasse, doch jedenfalls eine Schwenkung nach links, eine Annäherung an die sozialdemokratische Arbeiterpartei befinde.

Es sei hier gleich bemerkt, daß in der darauf folgenden Debatte von den verschiedenen Gegnern auf diesen Punkt durchaus nichts entgegnet wurde.

Prinzipiell hatte übrigens keiner der Redner etwas gegen das Programm einzumenden und holte man nur die längst abgenutzten Schlagwörter, wie Staatshilfe, Selbsthilfe, Bildung, Sparen u. s. w. hervor, von welchen Sachen die Sozialdemokraten durchaus nichts wissen wollten. Man schien eben nur Opposition zu machen, um nicht in den Verdacht zu kommen, der Berliner Arbeiterverein sei schon ganz und gar sozialdemokratisch.

Zwei Redner aber will ich genauer anführen, Herr Lettling brachte die auch nicht neue Anschuldigung hervor, die Führer trachteten nur danach, Krieg und Revolution und immer wieder Revolution hervorzurufen, er scheint eben wie sein Meister, Dr. Max Firsche, sich einen Internationalen nur mit Petroleumflaschen vorstellen zu können, leider kamen die Reichstags-Abgeordneten Geib, Most und Westeller etwas zu spät, um diese Schmeicheleien noch mit anzuhören. Doch hatten dieselben noch Gelegenheit, die Rede des „Würgengel“ Nathan (Schlesinger) zu hören. Derselbe thut es nun einmal nicht, ohne die Geister der „ollen Griechen und Römer“ zu beschwören. Besonders ungehalten war er darüber, daß der Volksstaat noch nicht einmal mit der famosen Republik des edlen Castelar, den er mit dem alten Cincinnatus verglich, zufrieden sei. Mit verschiedenen Bruchstücken Kaffischer und mittelalterlicher Geschichte wies er dann schlagend die Unhaltbarkeit einer internationalen Weltrepublik nach, weil eben, so argumentirte Herr Schlesinger, noch nie eine internationale Weltmonarchie existirt habe. Quod erat demonstrandum. An diesen Ausführungen schienen die Zuhörer genug zu haben, es wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte eingereicht.

Nachdem der Referent noch die verschiedenen Angriffe der einzelnen Redner zurückgewiesen, wurde der Antrag angenommen und die interessante Debatte geschlossen.

Coburg (Maßregelung.) Seit dem Jahre 1864 arbeite ich im Schneidergeschäft des Herrn Kaufmann Ludwig Appel hier. Ein Jahr arbeitete ich durch besonderes Zureden in einem andern Geschäft (Ehlich) hier. Da aber ein Wechsel der Zuschneider stattfand und der Krieg von 1870—71 dazu kam, wodurch die Behandlung für unser Eines keine der besten war, so zog ich es vor, wieder zu Appel zu gehen, weil derselbe mir gegenüber erklärt hatte, er lehre sich daran nicht, was seine Arbeiter für Gefinnungen kund geben, wenn nur die Arbeit gemacht würde. Jedoch es währte nicht lange; der frühere Zuschneider H. Reibiger etablirte sich selbst, es kamen zwei Zuschneider, die aber der eine nicht viel und der andere gar nichts vom Zuschneiden verstanden, und so erhielt das Geschäft einen Rückschlag. Was Reibiger nicht an Kunstschaff erhalten hat, haben die zwei Herren hinausgearbeitet, und das Geschäft Ehlich steht außerdem noch als größter Concurrent dem Appel'schen gegenüber. Das Geschäft ging immer stauer und ist mit Arbeitern überfüllt, weil Appel immer noch so viel sitzen haben will, um die Blüthe seines Geschäfts zu zeigen. Das geht aber nicht, die Arbeiter, und wenn sie noch so jung sind

lassen sich nicht als Waare auf Lager behandeln und bleiben wegen unzureichenden Verdienst nicht lange da. Indem nun in letzterer Zeit solcher Wechsel öfters stattfand, glaubte der misgönnigste Herr Prinzipal, den Fehler wo anders suchen zu müssen, denn der Geschäftsführer läßt ihn zu keiner andern Erkenntniß kommen. Folglich müssen die Leute, welche nicht bleiben, aufgehört sein, und daran sind natürlich die Sozialdemokraten und ihre Blätter schuld. So kommt denn Appel beim letzten Fall des Austritts von ein paar Arbeitern zu mir, nachdem er vorher ein paar junge Leute gegen mich aufzuheben gesucht, und sagte: „Sie habe ich in Verdacht und Sie sind Derjenige, welcher durch sein Parlamentiren und durch sein Politistiren die Leute aufhetzt, so daß mir in Folge dessen Niemand mehr bleibt. Es wäre mir lieber, wenn Sie gingen!“ Ich nahm es mit ziemlicher Ruhe auf, aber ich wollte mich doch nicht unnötiger Weise als Heper hinstellen lassen, und erwiderte einig, aber Widerspruch kann ja der gute Mann nicht vertragen, und so sollte und mußte ich denn gleich gehen. Unerwartet kam es mir eigentlich nicht, denn Appel fürchtet sich vor Stricks, weil er sich bemüht ist, daß er seit dem letzten Jahre nicht der beste, sondern der schlechteste Lohnzahler ist. Der jetzige Zuschneider Karl Hertel aus Zwickau ist nicht besonders freundlich gegen die Arbeiter, in letzterer Zeit aber besonders freundlich gegen den Prinzipal. Er steht bei den Arbeitern in Verdacht, dem Prinzipal alle Gespräche zu hinterbringen, welche in der Werkstatt zum Wohl der Arbeiter gepflogen werden. Sozialdemokraten kann eben weder Appel noch Hertel leiden, entfernt man den radikalsten, wüßte ihn mit Frau und Kinder aufs Pflaster, so sehen die andern ein Exempel statuirt und werden sich schon bücken, werden keine Volksversammlungen mehr besuchen, worauf jetzt besonders hingedeutet ist, weil es auf die Wahl zugeht, werden den „Volksstaat“ nicht mehr lesen, auch in der Werkstatt nicht mehr über die soziale Frage sprechen u. s. w. Auf einmal wird dann das Geschäft, welches sich von 18—20 auf 7—8 Mann reduziert hatte, wieder blühend. Denn nur die Sozialdemokraten haben es herunter gebracht! So die Bourgeoislogik des Herrn Appel. Als ich neulich Appel ersuchte, mir einen Thaler Vorschuß zu geben, sagte er, er gäbe keinen Arbeiter mehr Vorschuß, die Arbeiter wüßten sich überhaupt nicht einzurichten! Die Arbeiter bei Appel verdienen aber das ganze Jahr 250 bis höchstens etwas über 300 Gulden, und da müssen Frau und Kinder heissen. Nachdem sich Appel offen als Feind der Sozialdemokraten erklärt hat, so kann ich nicht unterlassen, alle Kollegen, welche Gefinnungsgenossen sind, vor diesem Geschäft zu warnen. Mit sozialdemokratischem Gruß Friedr. Göpfert.

Augsburg. Die Wahlkämpfe ist vorüber und können wir mit dem Ergebnis zufrieden sein. Wir haben während der Wahlbewegung 18 Volks- und Wählerversammlungen abgehalten. Dieselben mußten immer auf Samstag Abend oder Sonntag verlegt werden, da es an Rednerkräften mangelte. Statt Flugschriften ließen wir wöchentlich ein Wahlblatt („Der Volksvertreter“) erscheinen: Es mag mancher unserer Gefinnungsgenossen ein besseres Resultat von Augsburg erwartet haben, allein der Wahlkampf war hier ein verzweifelter. Die liberale Partei ließ kein Mittel unversucht, sich vor der Niederlage zu retten; der hiesige Bürgermeister (Fischer, der Einäugige) war ihr Kandidat; der ganze Polizeiapparat wurde in Bewegung gesetzt, Polizeidiener mit Stimmentzeln in- und außerhalb des Wahlloca's postirt, Omnibusse durchfahren die Stadt mit Plakaten: „Für Fischer“, liberale Fabrikanten und Fabrikdirektoren wurden in Arbeiterdistrikten als Wahlvorsteher bestimmt. Vor den Wahlloca's standen Fabrikmeister mit liberalen Stimmentzeln, um so jeden Arbeiter zu kontrolliren, und so kam es, daß viele Arbeiter gar nicht wählten. Trotz alledem ist unsere Stimmenzahl seit der letzten Reichstagswahl um das Fünffache gestiegen: 1871 hatte unser Kandidat Franz 280 Stimmen und Most 1874: 1609. Zudem ist der Liberalismus hier nun gründlich abgehau'n und mit dem Ultramontanismus, der sich ohne genialen Kulturkampf nie mehr so hätte aufraffen können, werden wir auch fertig werden.

Wir lassen hier die Abrechnung, wie sie von den Revisoren des Wahlkomit'es revidirt und richtig befunden wurde, für unsere Augsburger Gefinnungsgenossen folgen: Einnahmen 521 fl. 20 kr.; bestehend in freiwilligen Beiträgen von verschiedenen Korporationen, sowie von einzelnen Gefinnungsgenossen, aus dem Erlöse des „Volksvertreter“ und aus freiwilligen Beiträgen in Volksversammlungen: Ausgaben 508 fl. 12 kr.; für Herstellung des „Volksvertreter“ und für sonstige Agitationskosten, Bilanz, Einnahmen: 521 fl. 20 kr., Ausgaben: 508 fl. 12 kr., Aktivbestand: 13 fl. 18 kr., welcher Ueberschuß dem Vertrauensmann der Partei übergeben wurde. J. Endres, Kassirer. Revidirt und richtig befunden. Augsburg, den 1. Februar 1874. Die Revisoren: Conrad Firsche, Christoph Scheller, Friedrich Höranz. Zu dieser Abrechnung ist noch zu bemerken, daß in der Ausgabesumme von 508 fl. 12 kr., 10 Thlr. enthalten sind, welche das hiesige Wahlcomit'e an die Parteiwahlkasse sandte, ferner 40 Thlr., die für ein baldigst zu gründendes Preshunternehmen reservirt sind.

Außerdem hatten die hiesigen Parteigenossen von der letzten Reichstagswahl noch Verpflichtungen im Betrag von 40 Thlr., welche nun ebenfalls bezahlt sind, wir können also sagen, daß das Resultat der Wahlbewegung auch in materieller Beziehung ein glänzendes ist. In agitatorischer Beziehung können wir ebenfalls zufrieden sein. Der „Volksstaat“ wird durch die hiesige Filial-Expedition in 220 Exemplaren verschleift. Das sozialdemokratische Wochenblatt in Nürnberg in 300 Exemplaren. Der Schriftenvertrieb geht ausgezeichnet. Die Parteimitgliedschaft ist auf nahezu 200 Mitglieder angewachsen und so können wir getrost der Zukunft entgegensehen, sie wird uns manche Verfolgung, aber auch den Sieg der Arbeitersache bringen.

Fond zur Wahl Brade's.
B. Krensch 10 Thlr., R. n. R. B. in Breslau 1 Thlr., G. Hübnel Bielefeld 5 Thlr., P. D. E. in Z. Thlr. 1 1/2, A. R. M. 1 Thlr., gesammelt von den Segern der „Norddeutschen allgem. Zeitung“ und des „Preussischen Staatsanzeigers“ durch F. R. Thlr. 9 3/5, Effe Inowracław Thlr. 1 1/2, von Arbeitern der Schmidt'schen Webfabrik d. Kinnrad in Köln Thlr. 3 1/2, G. Gumprecht Berlin 1 Thlr., Seebach Annweiler 1 d. Pfalz 20 Gr., E. Spingler Bruchsal 1 Thlr., G. B. hier 1 Thaler, Mitglieder des soj. dem. Arbeitervereins in Lmbach 13 Gr., von Gefinnungsgenossen gesammelt in einer hiesigen Instrumentenfabrik Thlr. 5 8/5, von Parteigenossen in Marktschütz Thlr. 6 18/5, v. Bhl hier Gr. 8 5, von Drschl hier Gr. 5 5.

Genossenschaftsbuchdruckerei.
Antheilsscheine bez. Antheilsgültigkeiten ertheilt fernere: In Ehrenfeld: bei Ebin 10 Thlr.

Briefkasten
der Redaktion. R. Sch. in Elberfeld: Wir können Ihnen die Gründe, weshalb der Artikel nicht erschienen, nur kurzlich auseinandersetzen und bitten deshalb um Ihre Adresse. Nach Freiburg: Wir werden den Pfosten von Corradostoff verarbeiten. Das Blatt e. halten Sie zu. Fr. Deckerich in Siegburg: Wird besorgt. Gruß! E. B. in Berlin: Bei erster Gelegenheit. Gruß! Sch. in Berlin: In der

nächsten Nummer. E. B. in Ronsberg: Dank für die Auskunft. F. A. in Berlin: In nächster Nummer. Regner in Berlin: Beifolgt. Expedition. B. Kimm hier Schr. Gr. 19 2, Ansb. hier Schr. Gr. 5 5, Pödrer Löttingen Schr. 18 Gr., Ab. Jan. Febr. 16 Gr. Arb.-Berein Thonberg Ann. 18 Gr. Rühr hier Schr. Gr. 27 5, Ab. Gr. 17 5, Nordst. Ordningen Ab. 1. Du 16 Gr. R. Baur Wien Ab. und Schr. 10 Thlr. Wagn. Erlangen Schr. 3 Thlr. Pl. Groß-Schönan Schr. Thlr. 1 7, Hst. Berlin Schr. 9 Gr. Pl. Schreiberhan Schr. 11 Gr. Böhm hier Schr. Gr. 10 8, A. H. M. Ab. 2. Du. Thlr. 1 5, Schr. Gr. 5 4, Kistner Elm Ab. 11 Gr. Metallarbeitergewerksch. Berlin Ann. 20 Gr. Seebach Annweiler Ann. 10 Gr. Metallarbeitergewerksch. Braunschweig Ann. Thlr. 2 9, Org. Weimar Ann. 4 Gr. J. Wind Essen Schr. 6 Gr. Hölch hier Schr. Thlr. 1 6.

Anzeigen u.

Augsburg Sozialdemokratische Arbeiterpartei. Samstag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung in der Schützenhalle. J. A.: G. Stollberg.

Berlin Metallarbeiter-Gewerkschaft. Jeden Sonnabend, Abends 8 Uhr, findet bei M. A. e., Auguststraße 80, Gesellige Zusammenkunft statt. Der „Volksstaat“ liegt aus. D. B.

Cöln Diejenigen Parteigenossen und hiesigen Abonnenten welche den Roman am „Wahl der Zeit“ vollständig haben wollen oder das „Kapital“ von Marx, sowie den „Leipziger Hochverrathprozess“, wollen dieselben den Unterzeichneten Mittheilung machen, ebenso werden alle Sorten sozialdemokratischer Schriften auf Verlangen pünktlich besorgt. Ferner ersuche ich Diejenigen, welche noch Schriften an Redner zu zahlen haben dieses sofort zu thun, damit die Abrechnung geregelt werden kann. G. Heinrichs, gr. Griechenmarkt 52 B.

Dresden Arbeits- & Wohnungsnachweis von C. J. Evans, im Arbeiterbildungsverein, Palmstrasse 20. [R.]

Kleinzschocher Mittwoch, 18. Febr. Abends halb 8 Uhr: Wählerversammlung in Lang's Restauration. — L. D.: Die Reichstagswahl. Referent: Dr. Wilhelm Brade, Kaufmann aus Braunschweig. Das Comit'e.

Leipzig Arbeiterbildungsverein. Sonntag: 1—3 Uhr Zeichen. Montag: Gesang, Turnen, Stenographie, Rechnen. Dienstag: Deutsche und französische Sprache; Schönschreiben. Mittwoch: Diskussion oder Vortrag. Donnerstag: Gesang, Stenographie, Turnen, franz. Sprache. Freitag: Buchführung, engl. Sprache, Wechselkunde. Sonnabend: Vortrag oder Diskussion. [W.]

Lyons in. v. 1874. 26. 02. [R.]

Leipzig Schneidergesellen Leipzigs und Umgegend. Versammlung Mittwoch, den 18. Februar, Abends 8 Uhr, bei Jabin, Turnersstr. 3. L. D.: 1) Gründung eines Kreis-Nachweishaus-Bureaus. 2) Unser Verhalten der Geschäfts-Krisis gegenüber. 3) Rechnungsbuch. Bericht. Das Comit'e.

Leipzig Sozialdemokratischer Arbeiterverein. Freitag, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, bei Jabin, Turnersstr. 3. — L. D.: Soj.-pol. Wochenbericht. Ref. Kaufher. Reichstagswahl im 13. Wahlkreis. Gäste willkommen.

Angleich wird hiermit den Mitgliedern bekannt gemacht, daß laut Beschluß der geschlossenen Mitgliederversammlung vom 11. d. M. die Erhebung einer Extrasteuer von 2 Gr. 5 Pf. für die Monate Februar März u. April angeordnet ist. Der Vorstand.

Leipzig Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonnabend, den 21. Februar in den Räumen der „Tonhalle“ sein

13. Stiftungsfest, bestehend in Jahresbericht vom Vorsitzenden, Festrede vom Reichstagsabgeordneten A. Geib aus Hamburg, Vokal- u. Instrumentalkonzert u. Ball. Freunde und Gönner des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme freundlichst eingeladen. Der Vorstand. 3a. *

Spandau Sonnabend, den 28. Februar: Allgemeines Arbeiterfest im Palmensalon. Bestehend in Concert, Festrede gehalten von Most und Ball. Anfang Abends 8 Uhr. Entr'e 2 1/2 Gr. Die Berliner Genossen sind freundlichst eingeladen. Das Comit'e. * Soeben erschienen

Lieferung 4 und 5 von **Ein Jahrhundert der Revolutionen.** Preis pro Lieferung 5 Gr. Dasselbe ist auch zu haben:

Das Haftpflichtgesetz. Preis pro Expl. 3 Pf., 25 Expl. 5 Gr.

Ferner: **Zuangular-Adresse** der internationalen Arbeiter-Assoziation vom 28. Septbr. 1864. Preis pro Exemplar 1 Gr., 12 Exemplare 10 Gr. Die Expedition des „Volksstaat.“

Die höhere Fachschule der Stadt Einbeck für **Maschinen- u. Mühlenleutchniker** beginnt den Sommerkurs am 14. April. Zweck der Anstalt ist, tüchtige Maschineningenieure und Werkmeister auszubilden, sowie militärisch tüchtige Studierende zum einjährigen Freiwilligendienst vorzubereiten. Prospekt gratis und franco. Anfragen und Meldung nimmt entgegen der Direktor: Dr. Kirchner. (S. 0745)

Arbeits-Hosen. Aecht Englisch Lederhosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr. Cord-Hosen à Stück 1 Thlr. 15 Sgr. Starke Stoff-Hosen à Stück 2 Thlr. 15 Sgr. Militär-Drillhosen à Stück 1 Thlr. Baumwollene feste Arbeitshosen à Stück 27 1/2 Sgr. empfiehlt **Louis Guttman** [J. JN] No. 24 Grimmische Strasse No. 24. Leipzig: Verantw. Redakteur: R. Freißer. (Redaktion und Expedition Reichstr. 44.) Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei.